

Der Türkei-Beitritt zerstört die Europäische Union

HANS-ULRICH WEHLER

Die erste fatale Entscheidung ist im Herbst 2004 gefallen: Die Hohe Kommission zu Brüssel hat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei empfohlen. Im Dezember haben die Regierungschefs der EU-Staaten, das schwächste Geschlecht von Europapolitikern im letzten halben Jahrhundert, dieselbe Entscheidung getroffen. Offen ist dann zwar noch, wann die Verhandlungen beginnen werden, da zumal der französische Staatspräsident Chirac wegen einer Belastung des anstehenden Referendums über die europäische Verfassung einen möglichst späten Termin wünscht. Doch bisher haben solche Verhandlungen stets zur Aufnahme der Kandidaten in die Europäische Union geführt. Die EU würde damit einen muslimischen Großstaat kooptieren, der das ärmste, wegen seiner Bevölkerungszahl zugleich aber auch das größte Mitgliedsland mit dem Anspruch auf eine Führungsrolle würde. Einen nichteuropäischen, kleinasiatischen, muslimischen Staat an die Spitze der EU zu katapultieren – das bedeutet einen fundamentalen Bruch mit der gesamten bisherigen Europapolitik.

Was aber gebietet eine nüchterne Bestandsaufnahme der Interessenlage der EU, auch und gerade der Bundesrepublik? Denn es steht großen Staaten nicht an, um Bismarcks berühmtes Diktum zu wiederholen, anders als nach Maßgabe ihrer Interessen zu handeln. Die These lautet: Kommt es zur Aufnahme

der Türkei, würden damit vitale europäische und deutsche Interessen verraten. Das große Projekt der politischen Einigung Europas würde mutwillig zerstört.

Zunächst sollen aus Gründen der Fairness sechs Perspektiven erörtert werden, die eine protürkische Position begründen, deshalb aber auch erste Einwände hervorrufen.

1. Unstreitig liegt es im europäischen und deutschen (überhaupt im westlichen) Interesse, dass das Experiment der Demokratiegründung und -verankerung endlich einmal auch in einem islamischen Land und auf lange Sicht eine Immunisierung gegen den islamistischen Fundamentalismus gelingt. Deshalb verdient es wirksame Unterstützung. Im Vergleich kommt zurzeit am ehesten die türkische Republik für diese politische Modernisierung in Frage. Gelänge das Experiment, ginge davon eine ungleich attraktivere Vorbildwirkung im Nahen Osten, darüber hinaus vielleicht in der muslimischen Welt überhaupt aus als von den Demokratisierungssillusionen des amerikanischen Präventivkriegs im Irak. Die offene Frage ist jedoch, ob diese Entwicklung zu einer auf Dauer stabilen demokratischen Republik innerhalb der EU gefördert werden muss oder ob sie nicht ebenso gut von außen, zudem mit weitaus geringeren Kosten jeder Art, unterstützt werden kann.

2. Mit diesem Argument hängt die Behauptung eng zusammen, dass die westlich orientierten türkischen Funktions- und Machteliten ihre Annäherung an Europa nur dann auf lange Sicht erfolgreich fortsetzen könnten, wenn sie mit dem Anschluss an die EU belohnt würden. Diese Forderung hat einen leicht erpresserischen, ja ultimativen Charakter; sie ignoriert, dass solche Transformationsprozesse wie die Europäisierung der Türkei letztlich aus eigener Kraft gewollt und durchgesetzt werden müssen, und sie setzt sich stillschweigend über den gewaltigen Preis hinweg, der Europa dafür zugemutet wird.

3. Ein sehr grundsätzliches Argument besagt, dass die Globalisierung ohnehin alle nationalen Grenzen gewissermaßen verflüssigte. Die Dominanz inter- oder transnationaler Märkte und Kommunikationsnetze sei unaufhaltbar. Die überkommenen nationalstaatlichen Grenzen taugten zu einer plausiblen Unter-

scheidung nicht mehr. Dieser oft euphorisch vertretenen Auffassung liegt jedoch ein gravierender Irrtum zu Grunde. Auch die Entstehung der globalisierten Welt als eines einheitlichen politischen und ökonomischen Aktionsfelds muss man sich, um realistisch zu bleiben, in Stufen vorstellen. Die EU verkörpert eine solche Stufe als historisch legitimierbarer Verband europäischer Staaten. Er beruht auf der Inklusion der europäischen und der Exklusion nichteuropäischer Staaten. Die nordamerikanische Freihandelszone, die ASEAN-Gruppe und ähnliche Verbindungen verkörpern ähnliche Stufen. Aus ihrer Kooperation könnte allmählich die Kantsche Weltgesellschaft und –politik entstehen, ohne dass sich die nationalstaatlichen Grenzen innerhalb der großen Machtaggregate gleich auflösen.

Das hiermit zusammenhängende Argument auch von Teilen der deutschen Wirtschaft, in der Türkei lasse sich ein riesiger Zukunftsmarkt gewinnen, erinnert an vergleichbare Illusionen in der Vergangenheit. Denn im ausgehenden 19. Jahrhundert sollte erst der vermeintlich riesige chinesische, dann der ebenso verlockende afrikanische Großmarkt die europäische und amerikanische Wirtschaft auf Dauer ankurbeln. Beides blieb eine Chimäre.

Die Statistik der Außenhandelsbeziehungen ist unwiderlegbar: Entwickelte Industrieländer sind füreinander die besten Kunden. Entwicklungsländer auf dem Weg in die Moderne absorbieren stets nur einen erstaunlich geringen Exportanteil.

4. Der viel beschworene geostrategische Wert der Türkei gebiete, heißt es insbesondere in Washington und in der NATO, der Türkei die Vollmitgliedschaft in der EU einzuräumen, um ihr beachtliches militärisches Potential – wie bis 1991 für die »Eindämmung« der Sowjetunion – einzubinden und bei künftigen Konflikten im Nahen Osten einsetzen zu können. Entsprechende Äußerungen aus Berlin erinnern freilich an die wilhelminische Großmannssucht der deutschen »Weltpolitik« von 1914. Diese Befürwortung entbehrt heutzutage nicht des Zynismus, da sie über das türkische Heer wie einen Landsknechthaufen verfügt.

Vor allem aber hat die Regierung Erdoğan mit ihrer Opposition gegen die Teilnahme am zweiten Irakkrieg unmissverständlich demonstriert, dass sie gegen muslimische Nachbarn

nicht zum zweiten Mal Krieg führen will – und aus innerparteilicher Rücksichtnahme auf den Zusammenhalt und den islamistischen Charakter der »Gerechtigkeitspartei« (AKP) auch nicht führen kann. (Ohnehin wird oft vergessen, dass schon 1991 aus Protest gegen den ersten Irakkrieg der Außen- und der Verteidigungsminister sowie der Generalstabschef zurückgetreten sind.) Künftiger Streit im Nahen Osten involviert aber stets muslimische Staaten, ein simpler Tatbestand, der das vermeintlich durchschlagkräftige geostrategische Argument im Kern entwertet.

5. Bombastisch kommt das Argument daher, nur zusammen mit der Türkei könne die EU zur wahren Weltmacht werden – zum imponierenden Akteur, dessen Basis, wie sich Kommissar Verheugen ausdrückte, vom Nordkap bis zur irakischen Grenze reiche. Dabei handelt es sich um eine der Attacken jener Großmannssucht, unter denen die Berliner Politik in letzter Zeit öfters leidet. Da das schwierige Feld der Innenpolitik abschreckt, lässt sich, so die Erfahrung nicht nur mit der derzeitigen Regierung, auf dem Parcours der Außenpolitik unbeschwerter dem Pläneschmieden nachgehen. All dieses neumodische Weltmachtgerede hat man schon wortwörtlich vor 1914 gehört. Jetzt erlebt es eine irritierende Renaissance. Es passt aber zu dem enervierenden Kampf um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – einen Schleudersitz und Feuerstuhl, von dem der gesunde Menschenverstand wegen der neuen Belastungen für die deutsche Politik strikt Abstand zu halten gebietet. Diese Prestigepolitik lenkt nur von den vorrangigen inneren Problemen ab. Und die aufgeblasene Weltmachtsemanatik lenkt überdies davon ab, dass eine um die Türkei – demnächst ja noch um Rumänien, Bulgarien und Kroatien, vielleicht auch um die Ukraine und weitere Nachfolgestaaten des verbliebenen Jugoslawiens – aufgeblähte EU zu gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik auf Grund überwältigender Heterogenität erst recht nicht im Stande sein wird.

6. Und schließlich wird immer wieder auf das seit 1962/63 wiederholte Versprechen verwiesen, das der Türkei den Anschluss an die damalige europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Aussicht stellte. Ob damit auch die Einbeziehung in eine po-

litische Staatenunion gemeint war, ist zumindest umstritten. Da es bereits eine Zollunion zwischen der EU und der Türkei gibt, wäre, wenn sie formell auch zur Freihandelszone erweitert würde, der Zusage des ökonomischen Anschlusses Genüge getan. Außerdem ist zum einen die Geschäftsgrundlage des Versprechens, der Kalte Krieg gegen die Sowjetunion, inzwischen entfallen, und zum anderen hat die Türkei fast vierzig Jahre lang buchstäblich nichts getan, um das Land allmählich europakompatibel zu machen.

Nach dem Blick auf die protürkischen Argumente ist hier noch eine Skizze der Motive der Europapolitik Ankaras am Platz, verbunden mit dem Hinweis auf überhaupt noch nicht in Angriff genommene Reformprobleme. Erdoğan's AKP ist eine islamistische Partei, welche ihre Vorgänger unter Erbakans Leitung aufgesogen hat, zugleich aber den Protest der vernachlässigten anatolischen Peripherie gegen die urbanen Zentren der Türkei und ihre kemalistischen Eliten verkörpert. De facto kommt ihre Rolle einer Einparteienherrschaft gleich, die von europäischen Politikern auf einmal unverdient milde beurteilt wird. Was ergibt ein schlichtes Kosten-Nutzen-Kalkül für die Regierung Erdoğan?

Sie gewinnt mit dem Beitritt zur EU (ja schon mit den Beitrittsverhandlungen, die mit enormen Vor-Beitrittszahlungen aus Brüssel verbunden sind) den Zugang zu den attraktiven Finanzressourcen der EU. Sie gestatten u.a. die Bedienung der eigenen Klientel mit einem gewaltigen, Steuern vermeidenden Einkommen aus Brüssel. Allein die Gewährung der bisher üblichen Agrarsubventionen kommt nach Kommissionsberechnungen auf jährlich elf Milliarden Euro; die Gesamtzahlungen an die Türkei können nach dem Beitritt mindestens dreißig, wahrscheinlicher sogar vierzig Milliarden Euro erreichen, wovon ein Viertel auf den exponierten Nettozahler Deutschland entfiel. Noch ist die mancherorts geäußerte Hoffnung, mit der Keule des Türkeibeitritts eine generelle Kürzung der Subventionszahlungen erreichen zu können, nichts als eine realitätsferne Utopie. Weder wird sich ein großer Staat wie die Türkei auf eine fünfzehnjährige Verhandlungsdauer einstellen, noch drastische Kürzungen, die als gezielte Diskriminierung jetzt schon stigmatisiert werden, hinnehmen.

1. Mit dem EU-Beitritt würde das europäische Prinzip der Religionsfreiheit auch in der Türkei gültig. Davon könnten die unverändert scharf diskriminierten christlichen Minderheiten nur profitieren. Das Prinzip schützt aber auch die ohnehin voranschreitende Reislamisierung und die Tendenzen eines fundamentalistischen Islamismus, den der umstrittene türkische Staatsislam auch bisher nicht hat verhindern können.

2. Das Militär würde weiterhin Schritt für Schritt entmachtet. Das kann man als Schritt hin zu einer türkischen Zivilgesellschaft unstreitig begrüßen. Bisher war aber gerade das Militär als Hüter eines kemalistischen Laizismus der effektivste Hüter der säkularisierten Republik. Wer wird sie weiter so energisch verteidigen?

3. Der Anschluss an die EU garantiert eine lange Serie von Wahlsiegen für die AKP, mithin eine hohe parteipolitische Belohnung für den erreichten Beitritt. Eine überlegene Alternative zu ihrer Europapolitik ist daher für die Regierung Erdoğan schwerlich zu erkennen.

Freilich gibt es eine Fülle von Problemen, die für die Brüsseler Entscheidung offenbar keine Rolle gespielt haben. So hat etwa die neue AKP-Regierung sogleich 60.000 Imame eingesetzt, welche die orthodoxe Klientel zufrieden stellen, aber staatlich alimentiert werden. Der oft zitierte Staatsislam der Türkei ist auch auf diesem Gebiet von einer europäischen Trennung von Staat und Kirche weit entfernt.

Die Absolventen der Vorbeter-Schulen können jetzt, im Gegensatz zu allen anderen Schülern und Schülerinnen Höherer Schulen, ohne Prüfung auf die Universität ziehen. Der Universitätsrat, vergleichbar mit einer Mischung aus KMK und DFG, ist mit einer Mehrheit von AKP-Vertrauten besetzt worden.

Überdies gibt es eine Reihe von archaischen Sitten, die europäische Rechtsvorstellungen krass verletzen: Weithin ist noch immer die Kinderehe üblich. Auch ein Sohn Erdoğan hat unlängst eine Minderjährige zur Frau genommen. Zwei von drei Männern in Anatolien zahlen Brautgeld für ihre Frau, die sie folgerichtig als ihr Eigentum betrachten. Ohnehin wird noch immer jede zweite Frau ohne ihre Einwilligung meist an Män-

ner verheiratet, die sie vorher nie kennen gelernt hat. Jeder zehnte Mann hat mindestens zwei oder mehr Frauen, die in der Moschee angetraut werden, wo die Ehe nicht die zivilrechtliche Verbindlichkeit gewinnt und vom Mann gelöst werden kann.

Ebenso irritierend sind einige Umstände, welche der schlampige Prüfungsbericht der Brüsseler Kommission nicht angemessen berücksichtigt hat. So hatte etwa »Amnesty International« für die beiden letzten Jahre jeweils mehr als 2000 Folterfälle, für das erste Halbjahr 2004 auch schon wieder 700 registriert. Die verbale Versicherung der Regierung, Folter werde nicht mehr von Staats wegen ausgeübt, hat die scharfsichtigen Kontrolleure aus Brüssel offenbar beruhigt.

Jahrelang war die Lösung des Zypern-Problems als *Conditio sine qua non* von Beitrittsverhandlungen genannt worden. Auch dieser Streitpunkt ist jetzt auf die lange Bank geschoben worden.

Gravierender ist die Tatsache, dass die christlichen Minderheiten des Landes weiterhin krass diskriminiert werden. Nicht zufällig ist der christliche Anteil an der Einwohnerschaft Istanbuls von immerhin noch acht Prozent im Jahre 1939 auf 0,08 Prozent sechzig Jahre später abgesunken. Noch immer wird den christlichen Kirchen der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verweigert: Eine neue Bitte des Vatikans im Jahre 2002 wurde wiederum abgelehnt. Vielmehr werden die christlichen Kirchen als Minderheiten definiert, die unter der straffen Aufsicht eines staatlichen Stiftungsrats stehen, auf den das Religionsministerium angeblich den entscheidenden Einfluss ausübt. Unverändert bleibt den Kirchen Immobilienbesitz versagt, nachdem ihr früherer Besitz konfisziert worden ist. Die Geistlichen können nicht in ihrer Funktion tätig sein, sondern gelten als Konsulatsbeamte. Hätte die Brüsseler Kommission nicht dezidiert auf Remedur bestehen müssen, ehe sie grünes Licht für Beitrittsverhandlungen gab?

Es war offenbar ein gelungener Coup der PR-Agentur, die Ankara in der Bundesrepublik vertritt, die AKP Erdoğan's als »türkische CDU« zu verkaufen. Die CDU ist jedoch eine bikonfessionelle Volkspartei, während von christlichen Mitgliedern der islamistischen AKP bisher nichts bekannt ist. Kein europäischer Politiker hat sich überdies Erdoğan's hämische Kritik am »christlichen Klub« verboten, zu dem manche Europäer die EU

machen wollten. Immerhin zählen seit dem Mai 2004 438 Millionen von den 450 Millionen Europäern zu den Christen, und Kritiker des künftigen Türkei-Beitritts sprechen ja auch nicht vom unerwünschten »islamistischen Klüngel«.

Ein letztes heikles Beispiel für offene Probleme: Die Türkei sieht die erleichterte Einbürgerung von Angehörigen der Turkvölker als so genannten »erweiterten Familienmitgliedern« vor. Die Staaten der Turkvölker erstrecken sich von der Türkei über Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kasachstan bis hin zur chinesischen Grenze. Wird dieses Privileg bei der Einwanderung großzügig gehandhabt, steht ein weiterer Zustrom aus den Staaten der Turkvölker zu erwarten. Wer kontrolliert ihn auf eine effektive Weise? Und wie wäre die EU an dieser Kontrolle beteiligt? Vermutlich wird es auch deshalb mehr als 90 Millionen Türken im Jahre 2004 geben.

Von all diesen Problemen, denen eine Türkei, die nach Europa will, entgeht, ist in den bisher eingeleiteten Reformen nicht die Rede, geschweige denn, dass archaische Bräuche schon aufgelöst würden und europäischen Verhältnissen wichen.

Das derzeit vorherrschende neurotische Drängen, als europäischer Staat anerkannt zu werden, hat zwar neuerdings zu einigen in hektischer Eile verabschiedeten Reformgesetzen geführt, die aber nicht nur noch immer sehr unvollständig sind, sondern in den nächsten Jahrzehnten auch der glaubwürdigen Realisierung im Alltag, in der Verwaltung und Justiz bedürfen. Da die EU-Prüfungskommission dazu gekommen ist, die Aufnahmekriterien bereits zwei Jahre nach dem Reformbeginn für erfüllt zu erklären, heißt das sinngemäß, dass die Türkei die Belastungen eines langlebigen Traditionsüberhangs in fabulös kurzer Zeit angeblich abgeschüttelt hätte.

Unvergleichlich stichhaltiger als die angreifbaren protürkischen Argumente ist die Vielzahl der grundsätzlichen Einwände gegen einen Türkei-Beitritt.

1. Die Türkei ist ein kleinasiatischer, nichteuropäischer Staat, dessen Aufnahme das großartige Projekt der politischen Einheit Europas torpedieren würde. Sie gehört einem anderen Kultur-

kreis an und würde mit 90 Millionen Muslimen, die sie in den Beitrittsjahren nach 2012/14 zählen wird, eine nichteuropäische Bevölkerung mitbringen, die weder das unverzichtbare, historisch gewachsene europäische Identitätsbewusstsein teilt, noch zur künftigen Identitätskontinuität beitragen könnte. Überdies entfielen jedes plausible Argument gegen die Beitrittswünsche der Ukraine (Beitritt: bis 2011!) und anderer östlicher Länder, aber auch Marokkos (Beitrittsantrag liegt vor) und anderer maghrebinischer Staaten. Statt der politischen Einheit des historischen Europas käme es allenfalls zu einer Freihandelszone vom Atlantik bis eventuell nach Wladiwostok. Sie käme zwar englischen Vorstellungen, auch geheimen Wünschen der USA entgegen, die ein politisch geeintes Europa zusehends als ernsthaften Konkurrenten betrachten. Mit der Zielutopie eines politisch geeinten Europas, das aus zwei totalen Kriegen in einem mühseligen Lernprozess endlich die richtige Konsequenz gezogen hat, hätte der pure Ökonomismus einer riesigen Freihandelszone nichts mehr gemein. (Auch diese Problematik unterstreicht die Aufgabe, dass Europa endlich seine Grenzen nach Osten und Südosten definieren muss.)

2. Nach der Aufnahme der acht osteuropäischen Länder und der beiden Inselstaaten zeichnet sich eine extreme Belastung aller europäischen Ressourcen ab; der ohnehin strittige Agrarsubventionismus ist nur ein besonders eklatantes Beispiel dafür. Da die EU seit der Konferenz in Nizza ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat, überschneidet sich diese Belastung mit den ungelösten Fragen einer Reform der komplizierten politischen Entscheidungsprozesse. Im Grunde zeichnet sich bereits das klassische Problem des »Imperial Overstretch« deutlich ab. Ein Türkei-Beitritt wenige Jahre nach der »Osterweiterung« würde diese Gefahr bis zu einer lebensgefährlichen Überdehnung aller Sehnen und Gelenke, bis zu einer fatalen Belastungsprobe dramatisch zuspitzen. Überdies wäre die Türkei sogleich der größte EU-Staat, stellte die größte Fraktion im Straßburger Parlament (da sich deren Umfang nach der Bevölkerungszahl der Heimatländer bemisst), wäre ständig in Versuchung, eine politische Sonderrolle und finanzielle Sonderzuweisungen zu beanspruchen.

3. Ökonomisch ist die Türkei wegen ihrer Probleme dringend auf die europäische Wirtschafts- und Finanzkraft angewiesen, nachdem die Milliarden des Internationalen Währungsfonds immer wieder spurlos versickert sind. Die türkische Wirtschaft erreicht gerade einmal 20 Prozent des durchschnittlichen europäischen Sozialprodukts, und jahrelang hat sie mit einer Inflationsrate von mehr als 40 Prozent zu kämpfen gehabt. Mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen lebt von einer zwergbäuerlichen Subsistenzwirtschaft. Die Grundlagen für ein »Wirtschaftswunder« sind nicht von Ferne zu erkennen. Ökonomisch bleibt die Türkei auf absehbare Zeit ein Fass ohne Boden. Künftige EU-Zuschüsse werden auf jährlich bis zu 40 Milliarden geschätzt. Der Nettozahler Bundesrepublik müsste davon wohl 10 Milliarden übernehmen.

4. Die Armut Anatoliens verschärft das Migrationsproblem. Einschließlich der Auslandstürken gibt es zurzeit dank der jährlichen demographischen Zuwachsrate von 3,4 Prozent rund 75 Millionen Türken. Selbst wenn man diese Rate auf 2,5 Prozent absenkt, kommt man für die eventuelle Beitrittsphase auf 90 Millionen Türken oder sogar noch auf mehr. Deshalb hat unlängst der damalige türkische Präsident Demirel gegenüber Altbundeskanzler Schmidt von der Notwendigkeit des »Exports« von 15 Millionen Türken gesprochen. Türkische Experten gehen ebenfalls von der Abwanderungsbereitschaft von 15 bis 18 Millionen aus.

Deutschland hat zwischen 1950 und 2000 die weltweit relativ höchste Zuwanderungsrate erlebt und ist, aufs Ganze gesehen, mit der Einwanderung bisher bravourös fertig geworden. Hier lebt die größte türkische Minderheit in Europa, nahezu drei Millionen Menschen umfassend. Ihre Integration ist bisher, um es vorsichtig zu sagen, unvollständig verlaufen, da der Widerwille der Zuwanderer und das Versagen der deutschen Eingliederungspolitik zusammenwirken. Wenn unlängst 94 Prozent aller in Berlin eingeschulten Kinder türkischer Herkunft kein Wort Deutsch konnten und zwei Drittel aller vierzehn- bis vierundzwanzigjährigen Berliner Türken, also alle aus der dritten Generation, wegen des fehlenden Schulabschlusses und der mangelhaften Sprachkompetenz arbeitslos waren, unterstreichen solche Gefahrensignale das Integrationsdefizit.

Ein Gutteil des Türkenproblems in der Bundesrepublik hängt damit zusammen, dass es sich um eine geradezu klassische Unterschichtenemigration aus Anatolien gehandelt hat und weiterhin handelt. Aus den urbanen Zentren des Landes sind denkbar wenige »Gastarbeiter« nach Deutschland gegangen. Gerade in diesen anatolischen Unterschichten werden auch die archaischen Züge der heimatlichen Kultur verteidigt, und der Koran dient dann oft nur als religiöse Rechtfertigung von Bräuchen und Werten, die im Kern nichts mit ihm zu tun haben. Gerade die starren Formen des neuen Islamismus eignen sich aber, besonders in der dritten Generation, zur Verteidigung subkultureller Eigenarten, die in den städtischen Zentren der Türkei abschätzigste Verwunderung auslösen wie andererseits anatolische Mädchen mit strenger Kleidung über die rasanten Bikinis von Türcinnen in den Badeorten an der Südküste nur staunen können.

Käme es zu einer weiteren nahe liegenden anatolischen Massenzuwanderung, würde die unabdingbare Integration der türkischen Minderheit noch einmal extrem erschwert, vielleicht sogar dauerhaft blockiert, zumal sich muslimische Zuwanderer bisher in allen europäischen Ländern gegen die Integration erfolgreich gestraubt haben.

5. Auffallend selten wird hierzulande diskutiert, dass in der Türkei zum zweiten Mal eine islamistische Protestpartei gegen den säkularisierenden Kemalismus und die laizistische Republik gewonnen hat.

Teilt aber die Erdoğan-Partei, die Türkei überhaupt, die westliche »Wertegemeinschaft«? Fraglos gelten seit der Republikgründung 1922 für die Machteliten westliche Zielwerte, da die Türkei, wie auch Russland seit Peter dem Großen, Europa ähnlich zu werden bestrebt ist. Doch eine soziologische Umfrage ergab neulich eklatante Unterschiede des Wertehimmels. In der EU wünschten nur mehr zehn Prozent einen Einfluss der Religion auf die Politik, in der Türkei aber mehr als zwei Drittel. Die Demokratie wurde in der EU von 85 Prozent als überlegenes politisches System betrachtet, in der Türkei votierten, der historischen Erfahrung folgend, mehr als zwei Drittel für ein Regime autoritärer Führungspersönlichkeiten. Und wie ist mit der beanspruchten Zugehörigkeit zur westlichen »Wertegemeinschaft« zu verfahren?

meinschaft« das hartnäckige Leugnen des türkischen Genozids an 1,5 Millionen Armeniern (1915) zu vereinbaren, dem wenige Jahre später die Ermordung und Vertreibung von 1,5 Millionen Griechen aus Kleinasien folgte? Läuft die Linie dieser gewalt-samen Homogenisierung nicht in der Kurdenverfolgung mit ihren 40.000 Toten, 4.000 zerstörten Dörfern und 4.000.000 Flüchtlingen weiter fort? Zugegeben, die Bundesrepublik trägt mit dem Holocaust eine schwerere Bürde. Doch hätte sie ein einziger westlicher Staat, wenn sie während der Entstehung der EG, der EWG, der EU Auschwitz geleugnet hätte, auch nur mit der Feuerzange angefasst?

6. Warum sollte sich die EU so charmante Nachbarn wie den chaotischen Irak, die syrische Diktatur, die iranische Theokratie und erodierende Staaten wie Georgien und Armenien freiwillig zulegen? Ganz zu schweigen von dem Kurdenproblem, das die zurzeit latente türkische Aggressivität, wie im letzten Irakkrieg wieder deutlich wurde, weiterhin zu mobilisieren vermag.

7. Allensbach hat im April 2004 erneut ermittelt, dass 66 Prozent der Deutschen gegen, nur zwölf Prozent für einen Türkei-Beitritt sind. Auch in Frankreich sind es 68 Prozent. Vier Fünftel der Befragten halten die Türkei nicht für ein europäisches Land. Beitrittsverhandlungen unterstreichen daher das Demokratiedefizit der bisherigen Vorentscheidungen. Das Ideal des mündigen, argumentativ überzeugten Bürgers spielt für sie keine Rolle mehr. Die Generationengerechtigkeit wird ebenfalls ignoriert, obwohl kommenden Generationen mit einem Türkei-Beitritt aberwitzige Kosten ohne erkennbare überzeugende Gegenleistungen aufgebürdet würden.

8. Die Auguren auf den Berliner »Korridoren der Macht« raunen, dass Berlin sich ungefährdet türkeifreundlich gebärden könne, da Einstimmigkeit bei der Aufnahme-prozedur von den 25 (vielleicht sogar 28) EU-Staaten schlechterdings nicht zu erwarten sei, insbesondere die osteuropäischen Mitglieder würden ihre konkreten Eigeninteressen gegen jede Schmälerung zugunsten der Türkei zu verteidigen wissen. Außerdem: Wenn von ca. 600.000 wahlberechtigten Staatsbürgern türkischer Herkunft tatsächlich – so die demoskopischen Umfragen – 80 Pro-

zent für Rot-Grün stimmen sollten, lohne sich, zumal mit dem Blick auf den geringen Stimmenunterschied im Wahljahr 2002, die türkeifreundliche Rhetorik allemal. Im Kern sind das unredliche oder parteiegoistische Hoffnungen, die der Dimension der Problematik völlig unangemessen sind.

9. Falls die Verhandlungen zwischen 2010 und 2014 zu einem Beitritt der Türkei führen, vergrößerte sich das berüchtigte Demokratiedefizit der EU. Die Umfragewerte sind mit stabiler Eindeutigkeit gegen den Beitritt gerichtet. Nun soll Politik nicht primär demoskopischen Trendmeldungen folgen. Aber wann und wo hat es eine offene, ungeschminkte Debatte über die zahlreichen Probleme eines Türkei-Beitritts je gegeben? Erst viel zu spät, nach vollzogener Entscheidung, hat sich die rot-grüne Regierung zu einigen fadenscheinigen Erläuterungen und Begründungen bereit gefunden, die eigentlich am Anfang des Entscheidungsprozesses hätten stehen sollen. Dabei liegen doch bedrohliche Folgen eines Beitritts auf der Hand: Die Türkei würde sofort der größte EU-Staat, dem politischen Führungsansprüche nicht fremd wären. Sie stellte sofort die größte Fraktion im Straßburger Parlament, da dort die Fraktionsgröße nach der Kopfzahl der Bevölkerung eines Staates festgelegt wird und die Aufteilung auf das christlich-konservative oder das sozialdemokratische Lager für AKP-Abgeordnete schlechterdings nicht möglich ist. Nicht zuletzt würde die Türkei wohl das entscheidende Wort bei der Formulierung der europäischen Nahostpolitik beanspruchen.

10. Nicht zuletzt wüchse die Euroskepsis weiter, da das Ideal des mündigen Bürgers in krasser Form verraten und die Generationengerechtigkeit missachtet worden wäre. Denn auf künftige Generationen in Europa kämen endlose Belastungen ohne überzeugende Gegenleistung zu.

Im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands wird allerdings noch ein irreführendes Argument ins Feld geführt. Da die Deutschen nicht mehr genug Kinder bekommen, heißt es, um die Bestandserhaltung der Bevölkerung und der Sozialsysteme, geschweige denn eine Expansion zu gewährleisten, müsse das Defizit durch den Import von Menschen, mithin durch eine ge-

zielte und jährlich umfangreiche Einwanderung gewährleistet werden. Diese Aufgabe könne von türkischen Migranten übernommen werden. Tatsächlich steht dem aber die Lage der Türken auf dem deutschen Arbeitsmarkt entgegen. Sie ist gekennzeichnet durch eine hohe Arbeitslosigkeit, namentlich in der dritten Generation mit ihrer fehlenden Sprachkompetenz und den ausbleibenden Schulabschlüssen. Mit vierzig Prozent ist die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie unter deutschen Erwerbswilligen. Die Sozialhilfe fällt dreimal so hoch aus wie der türkische Anteil an der Bevölkerung. Im Durchschnitt gehen türkische Arbeitnehmer wegen Berufsunfähigkeit mit fünfzig Jahren in Rente, was ein krasses Missverhältnis zwischen Einzahlung in die Sozialversicherung und Leistung hervorruft. Überhaupt sind nur 44 Prozent der türkischen Erwerbsfähigen in den Arbeitsprozess eingegliedert, auf Seiten der Deutschen sind es sechzig Prozent. Wie die Recherchen des Berliner Instituts für Demographie, der ZEIT und des »Tagesspiegels« ergeben haben, trägt daher die türkische Einwanderung nach Deutschland nicht zur Entlastung der Sozialsysteme bei, vielmehr erweist sie sich unter dem Strich bereits seit langem als Zuschussunternehmen auf Kosten der anderen Beitragszahler. Da die künftige türkische Migration auf Grund der Freizügigkeit in der EU auch weiterhin vor allem aus den anatolischen Unterschichten gespeist würde, erweist sich die Auffassung, durch diese Migranten die Sozialsysteme zu stabilisieren, als Chimäre.

Längst hätte die europäische Politik an Stelle der dünnen Alternative von Vollmitgliedschaft oder Außenseiterrolle vielfältige, flexible Stufen der Kooperation entwickeln sollen, wie sie jetzt endlich Artikel 57 des Verfassungsentwurfs vorsieht. Ein großes Nachbarland wie die Türkei, mit dem freundschaftliche Beziehungen geboten sind, verdient, so gesehen, durchaus eine »privilegierte Partnerschaft«, als nichteuropäischer Staat aber keineswegs die EU-Mitgliedschaft. Auch das engstirnige Wählerstimmenkalkül setzt sich über alle überzeugenden Einwände gegen einen Türkei-Beitritt hinweg. Dabei könnte sich eine rationale Interessenabwägung schon über die beiden besonders triftigen Gegenargumente: die Bedrohung mit der letalen Überforderung aller Ressourcen, erst Recht die unvermeidbare Zerstörung des großen Projekts der europäischen Staatenunion

durch die Aufnahme eines nichteuropäischen muslimischen Staates, nicht hinwegsetzen.

Kein Zweifel, das großartige Projekt einer Europäischen Union wird mit dem Beitritt der Türkei begraben. Zu der derzeitigen strategischen Überdehnung mit dem Zehnerbeitritt im Mai 2004 kommt ja binnen kurzem noch der Beitritt Rumäniens, Bulgariens und Kroatiens, in absehbarer Zukunft auch der anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens und Albaniens hinzu; Marokkos Aufnahmeantrag liegt längst vor. Die Ukraine drängt ebenfalls, von Polen wegen des Schutzes der neuen europäischen Grenze im Osten bereits lebhaft unterstützt, in die EU. Aller Wahrscheinlichkeit nach bleibt dann eine riesige Freihandelszone übrig, die manche ökonomischen Interessen, auch das amerikanische und britische Anti-EU-Kalkül befriedigt, mit einem handlungsfähigen Akteur Großeuropa aber nichts mehr gemein hat.

Will man nicht vor diesem Ergebnis des Versagens kapitulieren, bleibt eine Möglichkeit weiter offen: Innerhalb der EU könnte ein neuer Verband europäischer Staaten gegründet werden, der dank strenger Aufnahmekriterien nur den Kern der EU-Gründerstaaten umfassen und das Konzept eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten verwirklichen würde. Eine solche Föderation der wahrhaft europäischen Staaten zu schaffen, bedeutet, sich einer Herkulesaufgabe zu stellen. Auf die ersten Überlegungen hin, die in diese Richtung zielten, haben z.B. ungarische, tschechische und polnische bereits vorsorglich erklärt, dass sie sogleich zum Kerneuropa, keineswegs aber zur neuen Peripherie gehören wollten. Die Realisierung der Absicht, innerhalb der EU einen kleinen Verband der »Vereinigten Staaten von Europa« zu schaffen, trafe auf überaus harten Widerstand, und die handelnden Akteure wären um dieses politische Geschäft nicht zu beneiden. Wie anders aber könnte die Vision von einem vereinten Europa, das sich nicht mit dem Linsengericht einer Freihandelszone zufrieden geben will, doch noch verwirklicht werden?

